

An bestimmte Nachrichten haben sich viele bereits gewöhnt. Dass Menschen unter schlimmsten Bedingungen an den Außengrenzen der EU in Lagern ausharren müssen ist so eine Nachricht. Auch die regelmäßig wiederkehrenden Berichte von Naturkatastrophen in Ländern des globalen Südens gehören dazu. Die Erzählungen und Bilder von Extremwetterereignissen wie Dürren, Überschwemmungen oder Wirbelstürmen sind häufig geworden.

So alltäglich beinahe, dass die Mehrheit dieser Nachrichten uns nicht einmal mehr erreicht. Sie spielen in Zeitungen und Fernsehsendungen keine Rolle. Zu weit entfernt, zu wenig Sensation. Das täuscht über die tatsächliche Situation hinweg. Der Klimawandel beeinträchtigt die Lebensgrundlage von Millionen Menschen und zwingt sie so zu Flucht und Migration.

Natürlich ist die Realität komplex und es ist in seltenen Fällen allein die Klimaveränderung, die zu Flucht führt. Vielmehr ist es ein Zusammenwirken verschiedener Faktoren, die durch Umwelt- und Klimaeinflüsse verstärkt werden.

Nicht immer ist der Zusammenhang von Klima und Flucht so klar nachvollziehbar, wie bei großen Tsunamis, Erdbeben, oder Waldbränden. In den meisten Fällen handelt es sich um eine schleichende Erosion der Lebensgrundlagen. Fortschreitende Dürren, das Abschmelzen von Gletschern und der Anstieg des Meeresspiegels haben umfassende Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen und die Möglichkeiten der Existenzsicherung betroffener Bevölkerungen. Versalzung von Böden und Frischwasser, Wassermangel, Ernteauffälle und Nahrungsmittelknappheit können Wohnorte langfristig unbewohnbar machen.

Obwohl der Klimawandel ein globales Phänomen ist, unterscheiden sich die Auswirkungen in den verschiedenen Regionen und auch innerhalb betroffener Staaten stark voneinander. Ob auf extreme Klimasituationen oder Naturereignisse eine humanitäre Katastrophe folgt, hängt nicht nur von den Umweltbedingungen ab, sondern von den Fähigkeiten und Kapazitäten, lebenswichtige Funktionen aufrechtzuerhalten.

Doch die von der Klimakrise betroffenen Menschen haben häufig eben nicht die Mittel und Ressourcen sich und ihre Lebenssituation an die immer wiedergeren Bedingungen anzupassen. Denn in den meisten Fällen trifft es Menschen in Ländern des Globalen Südens.

Die Strapazierfähigkeit sozioökonomischer Systeme hängt wesentlich von der Verfügbarkeit wirtschaftlicher und technischer Ressourcen ab sowie von politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität. Je größer die Verletzlichkeit und je geringer die Möglichkeiten, sich anzupassen, desto gefährlicher sind die Folgen der Klimakrise.

Seit über 500 Jahren befinden sich die Länder des globalen Südens nun in einem Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnis. Die europäischen Kolonialstaaten führten ein gewaltsames Regime um ihren Bedarf an Rohstoffen und Arbeitskräften zu decken. In der kapitalistischen Produktionsweise wurde dieses Verhältnis fortgeführt. Selbst mit der formalen Unabhängigkeit der Länder und Regionen des globalen Südens schafften es die europäischen Staaten die sogenannten Handelsbeziehungen weiter aufrecht zu erhalten. Dieses ungebrochene Ausbeutungsverhältnis ist ein Hauptgrund dafür, dass in vielen Ländern bis heute nur eine schwache wirtschaftliche und soziale Infrastruktur geschaffen werden konnte. So zwingen klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse Menschen ihre Heimat zu verlassen.

Menschen, die aufgrund von Klimawandelfolgen gezwungen sind, wegzuziehen, werden in der Genfer Flüchtlingskonvention nicht berücksichtigt. Sie haben keinen internationalen Anspruch auf Schutz oder Unterstützung. Der Klimawandel wird nicht offiziell als Fluchtursache anerkannt.

Schon heute ist es vielerorts jedoch nicht mehr möglich, Schäden und Verluste infolge des Klimawandels durch Schutz- und Anpassungsvorkehrungen vorzubeugen. Hier brauchen die besonders Verwundbaren Unterstützung. Wichtig ist bei all diesen Maßnahmen, dass die Betroffenen nicht nur informiert, sondern einbezogen und beteiligt werden. Ihre Rechte und Bedürfnisse müssen an erster Stelle stehen.

Gerade in Anbetracht des von Menschen verursachten Klimawandels wächst die moralische Verpflichtung, jenen, deren Rechte vom Klimawandel beeinträchtigt sind, Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit über das Recht auf Asyl hinaus zuzusprechen. Eine solche Migrationspolitik ist eine unerlässliche Voraussetzung dafür, dass sich Menschen aus benachteiligten Situationen befreien und selbstbestimmt entwickeln können. Wird Migration ermöglicht, statt untersagt und kriminalisiert, wird Schutzlosigkeit und Verletzlichkeit vorgebeugt.